

NFÖ => die Partei, die Ihnen über die Europäische Union die Wahrheit sagt.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
10 - 11/2006 / Nr. 14

Unsere Arbeit für ein „Neutrales Freies Österreich“ geht weiter



Liebe Leser!
Wir haben uns mit Erklärungen in der Zeit nach dem Wahltag auffallend zurückgehalten, um

u.a. die verstreuten Plakattafeln einzusammeln, Bilanz zu ziehen, Weichen teilweise neu zu stellen und nicht zuletzt allen – nicht selten erschöpften – Mitarbeitern eine Erholpause zu ermöglichen.

Jetzt ist es an der Zeit, Ihnen das Wesentlichste mitzuteilen, den Bilanz-Saldo aus der Nationalratswahl und wie es weitergehen soll. Das bundesweite Prozentergebnis von 0,23 sagt nicht wirklich Entscheidendes aus. Die Einzelergebnisse in den 5 Bundesländern sind da schon aufschlussreicher. Sie schwankten zwischen 0,4 und 1,1 Prozent und sind ein grober Hinweis auf

die augenblickliche Stärke der Landes-Organisationen. Aus der absoluten Zahl von 10.594 Stimmen läßt sich eine beachtliche Zustimmung für die NFÖ und ihr Programm ableiten.

Unsere junge Partei war ja vor wenigen Monaten in der Öffentlichkeit noch weitestgehend unbekannt

Belastung der Steuerzahler? Auf die Frage, warum wir das Ziel einer parlamentarischen Vertretung jener Österreicher, die sich einen EU-Austritt wünschen, nicht auf Anhieb erreicht haben, gibt es viele Antworten. Sicher ist, dass wesentlich stärkere, mediale Präsenz nötig gewesen wäre. Erst nach dem 25. August erwähnten



*Nicht der Beginn
wird belohnt,
sondern
einzig und allein
das Durchhalten.
(Katharina v. Siena)*

und wir mußten die Wahlwerbung aus eigener Kraft und ohne öffentliche Mittel bestreiten. An privaten Spendengeldern standen uns ca. 20.000 Euro zur Verfügung.

Haben wir damit nicht den Beweis erbracht, dass ein **wirklich sparsamer „Wahlkampf“** um Stimmen möglich ist und das ohne

Inhalt:

- NFÖ-Arbeit wird fortgesetzt.....Seite 1/2
- EU-Austritt möglich Seite 2
- KarussellbetrugSeite 3
- Positives Seite 4

die meisten Redaktionen überhaupt, freilich in knapp gehaltener Form, die zur Wahl antretende Partei NFÖ.

Manche Zeitungen scheuten zudem nicht davor zurück, irreführende Informationen zu veröffentlichen. So wurde z.B. der Wahlzettel aus dem NÖ-Weinviertel in den Tiroler Bezirksblättern präsentiert, auf dem die NFÖ gar nicht aufschien.

Unter solchen Voraussetzungen und mit einem Budget, das nicht einmal ein Tausendstel dessen betrug, was eine ÖVP oder SPÖ an Werbemittel auszugeben imstande war, können wir doch von einer **besonderen Leistung** und einem **respektablen Ergebnis** sprechen.

So möchte ich allen Mitarbeitern und Spendern, die dazu in selbstloser Weise beigetragen haben und selbstverständlich den 10.594 Wählerinnen und Wählern **für ihr Vertrauen sehr herzlich danken!**

Wie schauen die Zukunftspläne der NFÖ aus?

Auf der a.o. Bundesversammlung in Salzburg am 7. Oktober haben wir einstimmig beschlossen, die **bisher geleistete Aufbauarbeit fortzusetzen.**

Schwächen und Mängel sind erst während der intensiven „Wahlkampfzeit“ deutlich erkennbar geworden. Daraus wollen wir lernen. An Verbesserungen in allen Berei-

chen zu arbeiten, wird die Aufgabe der nächsten Monate sein.

Und zur Frage, wie sich die NFÖ im Falle von Neuwahlen verhalten wird: Finden sie in allernächster Zeit statt, so sehen wir nur durch ein Zusammengehen mit anderen gleichgesinnten Organisationen eine Möglichkeit. Darauf werden wir unser verstärktes Augenmerk legen und entsprechende Optionen gewissenhaft prüfen.

Ich wünsche Ihnen, sehr geschätzte Leser und Leserinnen im Namen des Redaktionsteams und des Bundesvorstands eine frohe, besinnliche Adventszeit.

Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann

„Es muß oberste Priorität haben, die fortlaufende Verarmung unserer Landsleute infolge der EU-Unterwerfung zu stoppen.“

Michael Kapitan, Wien

Weil uns immer wieder die Frage nach dem „Wie“ der Austrittsmöglichkeit gestellt wird, veröffentlichen wir einmal mehr die nachfolgenden Zusammenhänge.

Wenn wir es wollen, ist der Austritt sehr wohl möglich!

Ein EU-Austritt wird sich natürlich nicht von einem Tag auf den anderen machen lassen. Wir gehen davon aus, dass er mindestens genauso lange dauern wird, wie der Eintritt, der ja auch seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre angepeilt und endgültig Anfang 1995 durchgesetzt wurde.

Rechtlich ist ein EU-Austritt selbstverständlich möglich, wie auch am Beispiel Grönland zu sehen ist, das 1985 aus der EU/EG ausgetreten ist. Selbst die EU-Verfassung sieht

diese Möglichkeit vor, obgleich ein Austritt dadurch komplizierter verlaufen würde.

Ein Austritt wird auch nicht auf einen Schlag vor sich gehen, sondern nur nach und nach, ein Ausstieg aus einer aus unserer Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtung nach der anderen und deren Ersatz durch bilaterale Verträge mit der EU wie sie auch die Schweiz hat. Dazu bedarf es großen Verhandlungsgeschicks und selbstlosen Dienstes am Vaterland. Beginnen könnte man eventuell mit dem Ausstieg aus dieser unseligen NATO - „Partnerschaft für den Frieden“. Am wichtigsten ist bei diesem Prozess eine klare politische Willensbildung in Österreich. Dazu bedarf es unserem Demokratieverständnis entsprechend einer Volksabstimmung. Bei (für uns) positivem Ausgang haben die Politiker eben den Willen des Volkes in die Praxis umzusetzen.

Dabei ist ihnen permanent auf die Finger zu schauen (nicht zuletzt mit

Hilfe einer starken NFÖ), damit sie nicht wieder umfallen und Großmacht- und Großindustrieinteressen dienen, statt den Interessen von uns Österreichern.

Wir denken auch, dass wir diesen Schritt nicht allein machen werden. In vielen EU-Ländern, z.B. England, Schweden, Dänemark, neuerdings auch schon in den Niederlanden und Frankreich, sind die Menschen bereits sehr EU-ablehnend und ersehnen menschen- und naturgemähere Zustände. Mit diesen und den verbliebenen EU-freien Ländern (Schweiz, Norwegen, Island...) müßten dann neue, bessere und

**Im Übrigen,
das Volk muß das
letzte Wort
haben !**



Nicht nur die Schweden sehen im EURO -Währungssystem eine brisante Angelegenheit. (Quelle: www.nejtill.eu.se)

freiere Formen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit (eventuell unter Einbezug der EFTA, die es ja immer noch gibt, was bei uns gänzlich unter den Tisch gekehrt wird) aufgebaut werden.

Ein besonders wichtiger Punkt wird dabei sein, dass es nicht zum Aufbau einer den einzelnen Staaten übergeordneter Entscheidungs- und Machtinstantz (wie derzeit in der EU) kommt. Nicht eine zentrale „Kommission“ hat die „Hüterin der Verträge“ zu sein, sondern die beteiligten Staaten müssen frei bestimmen können, bei welchen Gemeinsamkeiten sie wann, wie und wie lange mitmachen wollen und bei welchen nicht. (nos)

Wußten Sie?

Die EU bezahlt Journalisten für unterwürfige Berichterstattung

2004 schrieb die EU ein Programm aus, für das sich private und öffentlich-rechtliche Fernseh- und Rundfunksender bewerben konnten. Nur jene journalistischen Beiträge erhielten eine finanzielle „Unterstützung“ die ausdrücklich der Imageverbesserung der EU und ihrer

Institutionen dienen.

Um an das Geld zu kommen, musste eine Verpflichtungserklärung unterschrieben werden, in der es u.a. hieß: „Ich versichere, das Image der Europäischen Union, ihrer Politik und Einrichtungen weder direkt noch indirekt zu schädigen.“

Im Klartext: Kritische Berichterstattung unerwünscht!

EU-weit wurden bis Ende 2005 eine Summe von 6, 4 Millionen Euro dafür bereitgestellt.

(Quelle: Schweizerzeit, 6/09/2006)

Die Europäischen Union ermöglicht den Betrug mit Steuergeldern

Durch betrügerische Scheingeschäfte, „Karussellbetrug“ genannt, entsteht den Mitgliedsstaaten der Europäischen Unrechtsgemeinschaft - EU jährlich ein Schaden von geschätzten 60 Milliarden Euro, also deutlich mehr als die EU selbst für die gesamte Landwirtschaft ausgibt. Die Tendenz ist stark steigend.

Mittlerweile ist auch das organisierte Verbrechen groß in dieses „Geschäft“ mit der Mehrwertsteuer eingestiegen.

Dabei werden gefälschte Exportpapiere vorgelegt oder die Ware geht an eine Scheinfirma und diese

schiebt sie über Schmuggelwege wieder zurück. Bei diesem „Export“ erstattet die Finanzbehörde dem Exporteur die Mehrwertsteuer, die gar nicht bezahlt wurde.

„Das Ausmaß des Betrugs ist viel größer als es den Regierungen bewusst ist oder sie zugeben wollen“, schrieb die englische Zeitung Guardian.

Österreich hatte, gemeinsam mit Deutschland, bereits vor Monaten vorgeschlagen, EU-weit ein neues Mehrwertsteuersystem einzuführen, das sog. „Reverse Charge System“, das nur den Endkäufer belastet,

scheiterte jedoch am Widerstand der Mehrheit der restlichen EU-Länder. (Quelle: ORF.at, 11. 7. 06).

Die Meinung der NFÖ dazu:

Eine österreichische Bundesregierung, die sich dem österreichischen Steuerzahler verpflichtet fühlt, muß Spar-Vorschriften, Zahlungsaufforderungen, Mahnungen aus Brüssel solange entschieden zurückweisen, bis dieser Betrug größten Ausmaßes beseitigt ist. An diesem Beispiel wird wieder einmal deutlich sichtbar, Österreich kann zwar mitreden, aber es wird überstimmt.

„Europa ist nach innen korrupt und nach außen eine Gefahr für den Welthandel.“

(Sunday Times, nach dem letzten EU-Gipfel)



*Jetzt kommt die
Zeit, in der wir
die Nähe des
Ofens suchen.
Wir leben von
der Wärme - und
der Hoffnung.*

Zum Nationalfeiertag erhielten wir freundliche Post von Frau Hermine H. aus Wien, die wir uns zu Herzen nehmen wollen.

„Anlässlich dieses Staatsfeiertages kam mir als geborene Österreicherin, Jahrgang 1922 rückblickend die Erkenntnis, wie sehr ich schon als junger Mensch unter der deutschen Diktatur in den Kriegsjahren emotional gelitten habe. Daß ich es noch einmal in meinem Leben, nach einer Periode der Freiheit und des Aufschwunges erleben mußte, wie mein Heimatland von einer neuerlichen Diktatur aus Brüssel geknechtet wird, macht mich sehr betroffen und traurig.

So war für mich klar, bei der Wahl meine Stimme an die NFÖ zu geben. Leider haben zu wenige Menschen die Chance erkannt und wahrgenommen um sich von diesem Joch zu lösen.

Bitte geben sie trotzdem nicht auf und bleiben Sie aktiv!! Aus tiefem Herzen hoffe ich auf ein wieder freies Österreich, auch wenn ich es nicht mehr erleben werde, so wünsche ich es mir für Kinder und Enkel.“

In eigener Sache

Seit der Gründung vor drei Jahren hat die NFÖ keine Bankschulden gemacht.

Unsere Sparhaltung soll insbesondere politikverdrossenen Menschen zeigen, dass es auch anders funktioniert. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir keine Leistungen im Voraus beanspruchen und längerfristige finanzielle Verpflichtungen auf uns nehmen müssen.

Zum Beispiel stellt der Druck und Versand von Informationsmaterial eine erhebliche Belastung unseres Spesenbudgets dar. Aber da vertrauen wir auf Ihre Solidarität. So haben wir uns wieder erlaubt – im Falle, dass Sie uns unterstützen wollen – einen Erlagschein beizulegen. Herzlichen Dank im Voraus.

Positives, Erfreuliches...

Italien verhält sich beispielhaft

Zuerst alle Fakten auf den Tisch, dann könne man über den Brennerbasistunnel entscheiden, betonte der italienische Umweltminister Alfonso Pecoraro Scanio am 9. November auf der Alpenkonferenz in Alpach /Tirol.

Solange die Schienenpotenziale nicht genützt werden und die Umweltverträglichkeit und die Kosten zu wenig untersucht seien, gebe er dem Brennerbasistunnel keinen Vorrang. (Quelle: TT, 9. 11. 06)

Mitglieder der österr. Bundesregierung nehmt euch ein Beispiel an A.P. Scanio!

Milliardenüberschuss in der Schweizer Bundeskasse

Die erfreuliche Entwicklung im Bundeshaushalt schreibt der Schweizer Finanzminister Merz vor allem einer strikten Ausgabendisziplin zu. Zwei Milliarden Franken wird der Überschuss in diesem Jahr betragen, stellten alle Verbände und Parteien lobend fest. (aus NZZ, 2. 11. 06)

EU-Mitgliedsländer nehmt euch ein Beispiel an der souveränen, und direkt-demokratisch regierten Schweiz!

**Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben. Teilen sie uns bitte, wenn möglich auch die Adressen von interessierten Bekannten mit.
Danke!**